

## ARBEITSGRUPPE ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK DEUTSCHE ZWEIHEIT – ODER: WIE VIEL UNTERSCHIED VERTRÄGT DIE EINHEIT? BILANZ DER VEREINIGUNGS- POLITIK

PapyRossa, Köln 2010, ISBN 978-3-89438-447-0, 255 Seiten,  
16,90 €

Pünktlich zum 20-jährigen Jubiläum der Vereinigung von Ost- und Westdeutschland hat die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik den o.g. Band vorgelegt, mit dem Ziel

– den Vereinigungs- und Transformationsprozess in Ostdeutschland unter Beachtung seiner Verflechtung mit der westdeutschen Entwicklung zu analysieren und zu bewerten;

– die grundverschiedenen Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen herauszuarbeiten; dafür wird die ökonomische Entwicklung sowohl in West- als auch in Ostdeutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs untersucht.

– Das Buch versteht sich ferner als Beitrag zur Auseinandersetzung um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der DDR bis zu ihrem Ende und zur Bewertung der seitdem erreichten Ergebnisse in den fünf neuen Bundesländern. Außerdem soll abgeschätzt werden, ob bis zum Ende des Solidarpakts II im Jahr 2019 eine Angleichung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Lebensverhältnisse an Westdeutschland erreichbar ist. – Schließlich ist das Buch mit seinem umfangreichen statistischen Anhang auch als Nachschlagewerk zur ostdeutschen Entwicklung gedacht.

Den genannten, doch recht vielschichtigen Ansprüchen – dies sei schon vorab festgestellt – wird das Buch durchaus gerecht. Zunächst wird in einem historischen Abriss unter anderem mit dem weit verbreiteten Mythos aufgeräumt, die DDR habe Ende 1989 vor der Pleite gestanden. Letzteres war ersichtlich nicht der Fall, da ein Staat dann pleite ist, „wenn er seinen

fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann und international als nicht mehr kreditwürdig gilt. Beides traf auf die DDR nicht zu.“ (S. 51) Gleichwohl werden verschiedene ökonomische Hemmnisse genannt, die als erhebliche Defizite der zentralistischen Planwirtschaft für Innovationen und Effizienzsteigerungen identifiziert werden: So waren etwa die Betriebs- und Unternehmensleitungen kaum an der Verbesserung der Produktionsergebnisse interessiert, da die Spielräume für eigenverantwortliches Handeln in den Betrieben und Kombinatn „infolge der zentralen Festlegung großer Teile des Produktionsprogramms und der geringen Möglichkeiten für die Verwendung eines Teils des Gewinns für Investitionen äußerst eingeschränkt“ (S. 48) waren.

Die ökonomische Entwicklung Ostdeutschlands wird ab 1990 in vier Phasen eingeteilt. Die erste Phase (1990/91) zeichnet sich infolge von Währungsunion und Treuhandprivatisierung durch eine tiefe Transformationskrise aus. Die zweite Phase kennzeichnet eine hohe Wachstumsdynamik, die 1996 abbricht und die dritte Phase – den Übergang zur Stagnation – einleitet. Ab 2001 beginnt dann eine vierte Phase, die durch eine „passive Annäherung des Ost-West-Leistungsniveaus je Einwohnerin und Einwohner infolge des Rückgangs der Wohnbevölkerung in den neuen Bundesländern“ gekennzeichnet ist (S. 54).

Als ursächlich für den Absturz der ostdeutschen Wirtschaft werden die Währungsumstellung und die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt herausgearbeitet. Die Währungsunion wirkte auf die ost-

deutschen Unternehmen wie ein gewaltiger Aufwertungsschock, was zusammen mit der radikalen Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt die DDR-Wirtschaft schockartig unter einen nicht zu bewältigenden Wettbewerbsdruck setzte. Hinzu kam das Wegbrechen wichtiger Exportmärkte in Osteuropa. Insbesondere infolge der verfehlten Transformationspolitik weist die ostdeutsche Industriestruktur nach wie vor erhebliche Schwächen auf. So war die DDR-Wirtschaft vor allem durch klein- und mittelständische Unternehmen geprägt, während Großbetriebe, die eine entscheidende Rolle für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und die Struktur von Dienstleistungen in einer Region spielen, gegenüber Westdeutschland stark unterrepräsentiert sind. Zudem ist der Bereich der Investitionsgüter (Maschinenbau, Elektrotechnik usw.) untergewichtet. Als Entwicklungshemmnis für den privaten Konsum sind die im Vergleich zu Westdeutschland um rund 30 % geringeren Löhne und Gehälter anzusehen. Folge des sich dadurch ergebenden Entwicklungsgefälles zwischen Ost- und Westdeutschland sind erhebliche öffentliche Transferleistungen: „Die West-Ost-Transfers [...] verhindern einerseits, dass sich die wirtschaftliche Unterentwicklung Ostdeutschlands zu einer sozialen Katastrophe auswächst. Andererseits aber bewirken sie keinen dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwung, keinen Aufholprozess, wodurch Ostdeutschland transferunabhängig werden würde. Die Erklärung dafür ist in dem durch Finanz- und Realtransfers generierten Kreislaufprozess zu suchen, in welchem sich westdeutsche Mehrproduktion und ostdeutscher Transferbedarf gegenseitig bedingen. Dadurch wird die ostdeutsche Produktions- und Einkommensentwicklung gebremst und ein

selbsttragender Aufschwung blockiert. Bezeichnend dafür ist, dass die Aufbringung der Transfers weder durch Einsparungen noch durch „Solidaropfer“ bewerkstelligt wird, sondern durch eine zusätzliche wirtschaftliche Aktivität im Westen, die sich größtenteils selbst finanziert. Die Basis dafür bildet die seit 1990 zu beobachtende Potenzialverschiebung von Ost nach West [...]. Westdeutschland ist dadurch wirtschaftlich stärker geworden, Ostdeutschland aber, relativ zu den alten Bundesländern, eher schwächer.“ (S. 105)

Insgesamt kommt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik zu dem Ergebnis, „dass der Ost-West-Vereinigungsprozess ungeachtet vieler Verbesserungen alles in allem gescheitert ist.“ (S. 199)

Als Alternative wird ein grundlegender Politikwechsel empfohlen, der für Deutschland insgesamt unter anderem eine Veränderung der prekären Arbeitsverhältnisse und einen sozial-ökologischen Umbau fordert (S. 199ff.). In diesem Zusammenhang werden auch verschiedene Vorschläge für eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft skizziert (S. 206ff.).

Insgesamt weist das gut geschriebene Buch ein hohes analytisches Niveau auf, bleibt aber auch für Nicht-Ökonomen verständlich. Angesichts der im Buch zutreffend beschriebenen Lage und in Anbetracht der gegenwärtigen politischen Verhältnisse ist zu befürchten, dass sich bis zum 30-jährigen Jubiläum der Vereinigung von West- und Ostdeutschland an den wenig erfreulichen Befunden kaum etwas geändert haben wird.

Kai Eicker-Wolf,  
DGB Hessen-Thüringen